



Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

44. Sitzung (öffentlich)

17. Januar 2024

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:34 Uhr bis 18:06 Uhr

Vorsitz: Josef Neumann (SPD)

Protokoll: Carolin Rosendahl

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | | |
|----------|---|-----------|
| 1 | Gespräch mit der Stabsstelle „Demografischer Wandel, Einsamkeit“
der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen zum Thema „Ein-
samkeit“ | 5 |
| | Vorlage 18/2190 (nachträglich erschienen) | |
| 2 | Viertes Gesetz zur Änderung des Heilberufsgesetzes | 18 |
| | Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/5940 | |
| | Änderungsantrag
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD,
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/7752 | |
| | Ausschussprotokoll 18/434 (Anhörung vom 06.12.2023) | |

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Änderungsantrag mit den Stimmen aller Fraktionen zu.

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf in der soeben geänderten Fassung mit den Stimmen aller Fraktionen zu.

3 Landesweite Werbekampagne für Ausbildungsberufe starten – Zielgruppenorientierung verbessern!

19

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/4135

Ausschussprotokoll 18/354 (Anhörung vom 27.09.2023)

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimme der FDP-Fraktion ab.

4 Anerkennung ausländischer Berufs- und Bildungsabschlüsse beschleunigen – Potenziale nutzen, Engstellen beseitigen, Karrieren ermöglichen

21

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/4559

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/4670

Ausschussprotokoll 18/396 (Anhörung vom 08.11.2023)

– Wortbeiträge

5 Für ein faires Praktisches Jahr im Medizinstudium: Ausbildungsbedingungen verbessern und Vergütung anheben! 23

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/5428

Ausschussprotokoll 18/419 (Anhörung vom 22.11.2023)

– Wortbeiträge

6 Chancengleichheit schaffen – Inklusion in der Kita auf ein breites Fundament stellen 25

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/4585

Ausschussprotokoll 18/444 (Anhörung vom 07.12.2023)

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und FDP ab.

7 Betroffene von Folgeerkrankungen einer (Corona-)Impfung (Bericht beantragt von den Fraktionen von SPD und FDP [s. Anlage 1]) 26

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2107

– Wortbeiträge

8 Ergebnisse der 100. Arbeits- und Sozialministerkonferenz vom 6. und 7. Dezember 2023 (Bericht auf Wunsch der Landesregierung) 28

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2095

– Wortbeiträge

- 9 Schulen für Gesundheitsfachberufe** (*Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 2]*) **31**
Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2127
– Wortbeiträge
- 10 Aufbau von Muttermilchbanken in Nordrhein-Westfalen** (*Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 3]*) **33**
Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2139
– Wortbeiträge
- 11 Schließung der Aphasie-Station an der Uniklinik Aachen** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4]*) **35**
– mündlicher Bericht der Landesregierung
– Wortbeiträge
- 12 Verschiedenes** **39**
– keine Wortbeiträge

3 Landesweite Werbekampagne für Ausbildungsberufe starten – Zielgruppenorientierung verbessern!

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/4135

Ausschussprotokoll 18/354 (Anhörung vom 27.09.2023)

– abschließende Beratung und Abstimmung

(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales am 05.05.2023)

Angesichts des Fachkräftemangels und der Fachkräfteoffensive werbe sie, **Susanne Schneider (FDP)**, für die Zustimmung zu dem Antrag, mit dem es ihrer Fraktion darum gehe, mehr junge Menschen für eine Ausbildung zu begeistern. Eine Broschüre mit einer Auflage von 1.200, die die Jugendlichen beim Broschürens-service der Landesregierung anfordern könnten, reiche dafür nicht.

Die Jugendlichen müssten in der Schule, mithilfe von Ausbildungsbotschaftern und auf Social-Media-Netzwerken erreicht werden. Letztere böten den Vorteil, dass im Nachhinein ausgewertet werden könne, welche Altersgruppe einen Beitrag angeklickt und ihn wie lange angesehen habe und wie häufig ein Beitrag aufgerufen worden sei. Dafür würden zudem nur relativ wenig finanzielle Mittel benötigt.

Das Thema sehe auch die SPD-Fraktion als sehr wichtig an, bemerkt **Lena Teschlade (SPD)** einleitend. Dass sie den Antrag dennoch ablehne, liege an der im Rahmen der Anhörung sowie bei der Auswertung derselben geäußerten Kritik an der geforderten Nutzung von Influencern für eine landesweite Werbekampagne. Es gebe bereits die Ausbildungsbotschafter sowie ausgesprochen gute Kampagnen der Handwerkskammern.

Eine solche Werbekampagne erzielte außerdem voraussichtlich nicht den benötigten Effekt. In Bezug auf Ausbildungsberufe gebe es noch deutlich mehr Defizite, die Priorität genießen sollten, da nur begrenzt finanzielle Mittel zur Verfügung stünden.

Die CDU-Fraktion lehne den Antrag ebenfalls nicht deswegen ab, weil sie das Thema für nicht wichtig halte, sondern weil erstens viele der im Antrag vorgeschlagenen Maßnahmen bereits umgesetzt würden und zweitens laut verschiedener Sachverständiger bei Kampagnen die Authentizität eine wichtige Rolle spiele, führt **Marco Schmitz (CDU)** aus. Statt Influencern sollten Menschen, die tatsächlich in dem Beruf arbeiteten, in den Kampagnen auftreten.

Benjamin Rauer (GRÜNE) weist ergänzend auf die Arbeitsbedingungen hin. Es müsse Werbung für die verschiedenen Wege ins Berufsleben gemacht werden, aber auch hinsichtlich des Alltags im jeweiligen Beruf nachgesteuert werden. Da gehe es

etwa um Wohnraum, den öffentlichen Nahverkehr und die Freizeitgestaltung nach der Arbeitszeit.

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimme der FDP-Fraktion ab.